

## GASTBEITRAG

# Das wahre Motiv der Reformen

**D**ie katholische Kirche ist in den westlichen Staaten mit einer alle Lebensbereiche durchdringenden Säkularisierung und Entchristlichung konfrontiert. Laizismus und ausgrenzender Humanismus diktiert zunehmend die Gesetze sowie die gesellschaftlichen Konventionen. Man könnte deshalb erwarten, dass die Kirche in allen westlichen Ländern versuchen würde, mittels der Anpassung an den Mainstream gesellschaftlich anschlussfähig zu bleiben. Doch reagiert sie, bis in ihre Leitung hinein, in dieser Weise nur in Staaten, in denen sie mit der Kirchensteuer ausgestattet ist.

Die Debatten des katholischen Reformprozesses „Synodaler Weg“, der am heutigen Donnerstag mit der zweiten „Synodalversammlung“ in Frankfurt fortgesetzt wird, waren bisher weithin nur den immer gleichen theologischen Reizthemen (Zölibat, Frauenpriestertum, Homosexualität und so weiter) gewidmet. Dies ist zweifellos dem Umstand geschuldet, dass hüten wie drüben vor allem theologisch geschultes Personal – auch journalistisches – aktiv ist. Diese „Deformation professionelle“ verengt jedoch den Blick. Um die Problematik hinter dem „Synodalen Weg“ verstehen zu können, muss man die wirtschaftlichen Folgen der seit Jahrzehnten andauernden Austrittswelle und des gesellschaftlichen sowie politischen Bedeutungsverlusts der Kirche ebenfalls ins Auge fassen.

Hier kommen auch die aus der Reformation hervorgegangenen Gemeinschaften in den Blick, soweit sie ebenfalls am Tropf der Kirchensteuer hängen. Da sie keiner Weltkirche Rechenschaft ablegen müssen, bedarf es bei ihnen keines plebiszitär orchestrierten Druckversuchs auf die Zentrale, um sich in den zeitgeistigen Wind stellen zu können, was weiterhin den Genuss der staatlichen Labsal verheißt. Die Regierungstreue – nicht zu verwechseln mit der Rechtstreue, die man dem Staat selbstverständlich schuldet – ist auch hier gleichwohl frappant. Wenn man den ökonomischen Hintergrund bedenkt, kann sie freilich ebenso wenig erstaunen wie die Leichtgläubigkeit, mit der die Restbestände evangelischer Orthodoxie liquidiert werden.

Überheblichkeit ist allerdings katholischerseits fehl am Platz. Denn auch hier gab es schon unbedingte Regierungstreue im ureigenen Interesse. Ein erhellendes Beispiel ist Ignaz Heinrich Freiherr von Wessenberg, der Generalvikar des einstmaligen Bistums Konstanz.

Als die Säkularisation der Reichskirche drohte, also die Aufhebung und Enteignung der bischöflichen Fürstentümer, wehrte sich Wessenberg bis zur letzten Patrone. Er trat für ein System ein, das auf Kaiser Otto I. (gestorben 973) zurückging und mittlerweile gänzlich aus der Zeit gefallen war. In seiner im Jahr 1801 – zwei Jahre vor dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 – veröffentlichten Schrift „Die Folgen der Säkularisationen“ erinnerte

Heute geht der katholische Reformprozess „Synodaler Weg“ weiter. Vordergründig geht es dort um Theologie. Letztlich aber ist es der Versuch, die Mehrheitsfähigkeit der Kirche zu erhalten – und damit ihre Privilegien



MARTIN GRICHTING

der Generalvikar daran, dass die geistlichen Fürstentümer die „treuesten Freunde und Stützen des Kaiserthrons“ gewesen seien. Ohne diese Unterstützung hätte die Kaiserkrone zukünftig wenig Einfluss. Und er schmeichelte dem aus dem Hause Habsburg stammenden Kaiser Franz II. mit dem Hinweis, Preußen werde gegenüber Habsburg das Übergewicht erhalten, wenn die geistlichen Staaten aus dem mittelalterlichen Politsystem verschwinden seien. Damit hat schon der aufgeklärte Wessenberg gezeigt, dass man zugleich als „fortschrittlich“ gelten und aus pekuniären Gründen strukturkonservativ sein kann.

Bezeichnend war an diesem Versuch, die Felle vor dem Davonschwimmen zu retten, dass Wessenberg seine Schrift anonym veröffentlichte. Man muss anerkennen, dass Wessenbergs Wiedergänger im „Synodalen Weg“ persönlich hinstehen. Aber auch sie deklarieren nicht transparent, um was es letztlich geht. Und empört würden sie es selbstverständlich von sich weisen, dass ihre theologischen 180-Grad-Kurskorrekturen, die sie in den letzten zehn Jahren vollführt haben, irgendetwas mit dem schönen Mammon zu tun hätten.

Man ist deshalb versucht, in die ermüdende und aufgrund römischer Gegenwehr – offenbar auch etwas erlahmende theologische Keilerei beiden Seiten die Wahlkampflosung von Bill Clinton zuzurufen, mit der er 1992 die Präsidentschaftswahlen gewann: „It's the economy, stupid“ – es geht ums Geld! Es geht bei den sogenannten kirchlichen Erneuerungsprozessen darum, die gesellschaftliche

Mehrheitsfähigkeit der Kirche und damit das Kirchensteuersystem zu erhalten. Man will dies bewerkstelligen, indem man den gesellschaftspolitischen Positionen jener Kreise, die das Sagen haben und es mutmaßlich in den nächsten Jahren haben werden, die höheren Weihen erteilt. Es ist deshalb kein Zufall, dass grüne Klima- sowie Migrationspolitik samt „Seenotrettung“ ebenso zum Programm kirchlicher Überlebensstrategen gehört wie gendergerechte Nichtdiskriminierung. Letztere wird dann auf die altbekannten Themen der kirchlichen Sexualmoral und das Frauenpriestertum angewandt.

Die Zertrümmerung der kirchlichen Lehre erscheint dabei, wie bei den getrennten Brüdern, bloß noch als unvermeidlicher Kollateralschaden. „Die englische Hochkirche verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Glaubensartikeln als auf 1/39 ihres Geldeinkommens. Heutzutage ist der Atheismus selbst eine culpa levis (lässliche Sünde), verglichen mit der Kritik überlieferter Eigentumsverhältnisse.“ So hatte schon Karl Marx in der Einleitung zur 1. Auflage von „Das Kapital“ diese Problematik in seiner gewohnt bärbeißigen Art umschrieben.

Es könnte in der aktuellen Lage angebracht sein, eine Erkenntnis zu bedenken, welche die Geschichtswissenschaft angesichts der erwähnten Enteignung der Kirche von 1803 ans Licht gebracht hat. Sie lautet: „Ohne Säkularisierung keine Säkularisation“ und bedeutet: Die Säkularisation – also der wirtschaftliche Schaden – konnte für die Kirche nur eintreten, weil bereits vorher eine Säkularisierung stattgefunden hatte. Die Kirche hatte aufgrund der Einbindung in ein politisches, militärisches und wirtschaftliches System viel von ihrem geistlichen Charakter eingebüßt. So wurde sie in den Strudel gerissen, der mit der Aufklärung sowie der Herausbildung von starken Nationalstaaten entstanden war und in ihrer Enteignung endete.

Einen solchen Weg der Säkularisierung geht die zeitgenössische Kirche ebenfalls. Sie bindet sich durch das Festhalten an der Kirchensteuer an die Entwicklung eines post-christlichen Staates sowie an dessen Sozialsystem. Dadurch ist sie gezwungen, sich immer weiter zu säkularisieren. Als Vehikel dazu dient derzeit der „Synodale Weg“. Dabei ist bereits jetzt erkennbar, dass die Kirche als Verbündeter des Staates immer entbehrlicher wird. Was sie sozial leistet, ist schon heute weitgehend säkularisiert. Es kann am Tag, an dem die Kirche als (sozial-)politischer Bundesgenosse definitiv überflüssig wird, mühelos aus der Konkursmasse geschnitten und unter staatlicher Regie weitergeführt werden. Zurückbleiben wird eine nicht nur arme, sondern eine geistlich und theologisch entkernte Kirche.

Die Bischöfe, die riesigen Apparaten vorstehen und für zahlreiche Mitarbeiter Verantwortung tragen, sind nicht zu beneiden. Sie wollen verständlicherweise im Urteil der Geschichte nicht als diejenigen erscheinen, die dem System den Stecker gezogen haben. Da ist ihnen – wie schon vor 200 Jahren – der Status als Opfer der politischen Gewalt angenehmer. Gleichwohl wäre es für die Kirche heilsam, wenn sie ein Wort von Kardinal Emmanuel Suhard (gestorben 1949) meditieren würden: „Die Kirche fürchtet Nero weniger als Konstantin.“ Sie fürchtet – wenn sie geistlich gesund ist – denjenigen weniger, welcher sie verfolgt, als denjenigen, welcher sie zur Herrschaft führt, um sie zu beherrschen. Noch ist es nicht zu spät, aus dieser Einsicht die richtigen Schlüsse zu ziehen.

■ Martin Grichting war Generalvikar des Bistums Chur und beschäftigt sich publizistisch mit philosophischen sowie religiösen Fragen.